



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 28.10.2013

„Am Umgang mit Altersarmut und der Rentenreform werden wir sehen, was die Große Koalition leisten kann!“

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. sieht aktuell kaum Chancen für eine große Rentenreform

Das Bundesamt für Statistik hat Ende Oktober alarmierende Zahlen vorgelegt – fast eine halbe Million Menschen im Rentenalter lebt von der Sozialhilfe, Tendenz steigend – trotzdem befürchtet **Marina Herbrich, die Präsidentin des Bundesverbands der Rentenberater e.V.**, dass das Thema Rente unter den Tisch fallen wird, wenn CDU/CSU und SPD in den kommenden Wochen den Fahrplan für vier Regierungsjahre festlegen. „Die Programme von CDU/CSU und SPD bieten keinen Schutz vor Altersarmut. Vielleicht wird es künftig einen Mindestlohn geben, das wäre erst mal gut, aber auch von 8,50 Euro bekommt man noch keine Rente, von der man leben kann.“ „Wir fordern den Umbau der Rente. Eine echte Rentenreform, weg von privaten Zusatzverpflichtungen, hin zur Stärkung der gesetzlichen Rente und der betrieblichen Altersvorsorge.“, so Herbrich weiter.

Die Rentenmodelle der beiden großen Volksparteien ähneln einander wie ein Ei dem anderen. Was bei SPD Solidarrente und bei CDU/CSU Lebensleistungsrente heißt, ist im Kern das gleiche. In beiden Modellen müssen kapitalgedeckte Zusatzversicherungen abgeschlossen werden, um eine Mindestrente zu bekommen. Zusätzliche Ausgaben, die sich Geringverdiener nicht leisten können und wollen. Rund 42 % der Geringverdiener haben keine private oder betriebliche Vorsorge, zwei Drittel davon sind Frauen. „Diese Konzepte, man kann das gar nicht deutlich genug sagen, nützen vor allem der privaten Versicherungswirtschaft, den großen Konzernen.“, sagt Herbrich. „Und Mini-Verträge, mit denen Versicherte zumindest ihren Anspruch sichern könnten, werden von vielen Versicherungen gar nicht angeboten.“

Durch die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen und vor allem durch die Verlagerung in Richtung privater Vorsorge leben schon jetzt viele Rentner unterhalb der Armutsgrenze. „Und das werden in den kommenden 10 Jahren noch deutlich mehr werden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter nachrücken“, befürchtet die Präsidentin des Bundesverbands der Rentenberater e.V. Bestätigt sieht sie sich durch die aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik, das für 2012 fast eine halbe Million Menschen im Rentenalter aufführt, die von der Grundsicherung leben müssen.



Bundesverband der Rentenberater e.V.

Bundesverband der Rentenberater e.V. | Bundesallee 39/40a | 10717 Berlin

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. setzt sich intensiv für Ausbau und Stärkung der gesetzlichen Rente und der betrieblichen Altersversorgung ein. Aus Sicht des Bundesverbands der Rentenberater e.V. sollten diese beiden Instrumente zu einem soliden, renditestarken System ausgebaut werden.

„Wenn sich die verantwortlichen Politiker selbstbewusst und offensiv für die Förderung dieser beiden Säulen einsetzen, dann können wir Altersarmut eindämmen und den Menschen das Vertrauen in die Rente wiedergeben.“, so Marina Herbrich, die Präsidentin des Bundesverbands der Rentenberater e.V.

Der Bundesverband der Rentenberater e.V. ist seit 1976 die anerkannte Berufsorganisation der in Deutschland tätigen Rentenberater.

Rentenberater sind unabhängige Rechtsberater und nur ihren Mandantinnen und Mandanten verpflichtet. Sie können, wie Anwälte, ihre Mandanten vor Sozial- und Landessozialgerichten vertreten. Über den Bundesverband erhalten Ratsuchende fachkundige Hilfe in allen Fragen des Sozialversicherungsrechts sowie der betrieblichen und berufsständischen Vorsorge.

Kontakt:

Bundesverband der Rentenberater e.V.

Bundesallee 39/40a

10717 Berlin

www.rentenberater.de

presse@rentenberater.de

Telefon: 030 62725 502

Telefax: 030 62725 503